

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juli/August 2015

berlin magazin



Kriminalgericht Moabit –
Größtes Strafgericht
in Europa



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die gute Nachricht gleich zu Beginn: Die Jubiläumswendung wird wieder eingeführt! Diesen Erfolg dürfen wir uns getrost auf unsere Fahnen schreiben, denn lange Zeit gab es im weiten politischen und gewerkschaftspolitischen Raum kein weiteres Engagement für ein Wiederaufleben dieser wichtigen Anerkennung für langjährige treue Dienste.

Positiv könnte sich für den einen oder anderen auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Richteralimentation auswirken, das mittlerweile auch nach Ansicht von Innensenator Henkel „Ausstrahlungswirkung“ auf andere Besoldungsordnungen haben dürfte. Hier ist allerdings Geduld gefragt, denn die Vermutung einer verfassungsmäßigen Unteralimentation muss zunächst mit einer wahren Datenflut untermauert werden.

Und weil aller guten Dinge drei sind, dürfen wir uns auch einmal darüber freuen, dass sich der dbb berlin erfolgreich zu einer festen Größe im politischen Gefüge der Stadt gemauert hat. Das betrifft die Gesprächskultur ebenso wie den Informationsaustausch oder den gegenseitigen Besuch von Veranstaltungen. Auf Landesparteitagen etwa ist gewöhnlich nicht nur ein dbb Mitglied als Ehrengast geladen.

Es erleichtert auch die Arbeit sehr, wenn Landespolitiker interessiert den Infostand des dbb berlin – wie

erst im Juni beim Motzstraßenfest geschehen – aufsuchen, u. a. um gegenseitig die politischen Positionen abzustecken. Als Ergebnis können jetzt schwarz auf weiß die Statements der Parteien zur Schwulen- und Lesbenpolitik in dieser Ausgabe des hauptstadtmagazins nachgelesen werden.

Außerdem berichten wir über die dramatische Personalnot bei den Jugendämtern, bei denen schon symbolisch die weiße Fahne aus den Fenstern flattert, und über einen außerordentlich erfolgreichen Tag der offenen Tür beim Berliner Kriminalgericht, an dem unsere Justizgewerkschaften tatkräftig mitgewirkt haben.

Schon ein wenig in Ferienstimmung versetzt schließlich der Beitrag über eine Tram-Party-Fahrt der Jugend, bei der Gewerkschaftsarbeit sehr gelungen mit Vergnügen verknüpft wurde.

Viel sommerliches Vergnügen wünscht auch Ihnen

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Amtsangemessene Besoldung

Bundesverfassungsgericht zeigt Kriterien auf

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 5. Mai 2015 (2 BvL 17/09; 2 BvL 18/09; BvL 3/12; 2 BvL 4/12; 2 BvL 5/12; 2 BvL 6/12; 2 BvL 1/14) entschieden, dass die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten in Sachsen-Anhalt teilweise so unzureichend ist, dass sie gegen die Verfassung verstößt (vgl. hauptstadt magazin 6/2015).

Der dbb berlin weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass sich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts derzeit ausschließlich auf die R-Besoldung bezieht.

Gleichwohl wird das Urteil bei den noch offenen bzw. ruhenden Verfahren zur amtsangemessenen Alimentation von Beamten, die vom dbb bund weiter betrieben werden, berücksichtigt. Ebenso geht der dbb berlin davon aus, dass das Verwaltungsgericht Berlin und das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die Entscheidung bei den noch offenen Klageverfahren einbeziehen werden.

Fünf Kriterien für ersten Prüfungsschritt

Bei seinem Urteil vom 5. Mai hat das Bundesverfassungsgericht Kriterien für einen ersten Prüfungsschritt der Alimentation aufgestellt. Sofern drei der fünf genannten Kriterien erfüllt sind, besteht danach die Vermutung einer verfassungswidrigen Unteralimentation.

Die Kriterien dieses ersten Prüfungsschrittes sind im Einzelnen:

1. Differenz zwischen Besoldungsentwicklung und Tarifiergebnissen der Angestellten im öffentlichen Dienst von mehr als fünf Prozent des Indexwertes bei einem Betrachtungszeitraum der zurückliegenden 15 Jahre.
2. Abweichung Besoldungsentwicklung von Entwicklung des Nominallohnindex von mindestens fünf Prozent des Indexwertes über einen Zeitraum von 15 Jahren.
3. Abweichung Besoldungsentwicklung von Entwicklung des Verbraucherindex von mindestens fünf Prozent über einen Zeitraum von 15 Jahren.
4. Abweichende Abstände Bruttogehälter in Besoldungsgruppen (systeminterner Besoldungsvergleich) von mindestens zehn Prozent zwischen zwei vergleichbaren Besoldungsgruppen in den zurückliegenden fünf Jahren.

5. Abweichung jährliches Bruttoeinkommen zum Bund und anderen Ländern von zehn Prozent im gleichen Zeitraum.

Umfangreiches Datenmaterial erforderlich

Aufgrund einer schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Dirk Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen) zu einigen dieser Parameter hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport unterdessen mitgeteilt, dass zur Überprüfung der genannten Parameter Datenerhebungen und Berechnungen in großem Stil notwendig seien. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien deshalb noch keine Angaben möglich.

Auch der dbb berlin geht davon aus, dass zusätzlich zu den Parametern, die auf Bundesebene überprüft werden, noch weitere durch das Landesamt für Statistik Berlin-Brandenburg ermittelt werden müssen, um ggf. Verletzungen im Sinne der Gerichtsentscheidung feststellen zu können. Der dbb berlin wird sich deshalb nachdrücklich um die zügige Ermittlung der entsprechenden Daten beim Landesamt für Statistik bemühen.

Auch Innensenator sieht „Ausstrahlungswirkungen“

Auf eine entsprechende schriftliche Anfrage des dbb berlin ließ Innensenator Frank Henkel unterdessen wissen, dass er, wie der dbb berlin, grundsätzlich Ausstrahlungswirkungen des „Richter-Urteils“ auf andere Besoldungsordnungen (also auch auf die A-Besoldung) sehe. Allerdings zögen die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten einzelnen Prüfungsstufen mit diversen weiteren Parametern eine komplexe Prüfung nach sich, die nur anhand umfangreicher, noch zu ermittelnder Datenmaterialien (teilweise für Zeiträume von 15 Jahren) zur Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse im Land Berlin vorgenommen werden kann. Insofern brauche es etwas Geduld, bis feststeht, ob und ggf. welche besoldungsrechtlichen Maßnahmen in Berlin infolge des „Richter-Urteils“ geplant sind.

Anträge und Widersprüche ruhend stellen!

Wegen der ausstehenden umfangreichen Recherchen und Berechnungen hat der dbb beim Innensenator angeregt, Anträge und Widersprüche der betroffenen Beamtinnen und Beamten noch nicht zu entscheiden, sondern zunächst ruhend zu stellen. Um eine einheitliche Verfahrensweise im Land

Berlin zu erreichen, wäre darüber hinaus eine entsprechende Empfehlung des Innensenators an alle anderen Dienststellen des Landes zwingend notwendig.

Leider lag bis Redaktionsschluss noch keine Antwort des Innensenators vor, sodass wir aktuell auf unserer Homepage www.dbb.berlin berichten werden, sobald wir eine Rückmeldung erhalten haben. ■

dbb berlin erreicht Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung!

Das jahrelange Drängen des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) auf Wiedereinführung der 2003 abgeschafften Jubiläumszuwendung für die Berliner Beamtinnen und Beamten hatte Erfolg: Ein Gesetzentwurf des Senats sieht vor, dass auch für die Beamtinnen und Beamten nach 25 Jahren Dienstzeit 350 Euro, nach 40 Jahren 450 Euro und nach 50-jähriger Dienstzeit 500 Euro als einmalige Zuwendung gewährt werden sollen. Aufgrund der noch notwendigen förmlichen Beteiligungen steht der genaue Termin der Wiedereinführung noch nicht fest.

Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb berlin: „Für uns ist die Jubiläumszuwendung immer ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für jahrzehntelange treue Dienste gewesen. Wir haben uns deshalb nie mit ihrer Abschaffung abgefunden und unermüdlich sämtliche politischen Hebel zu ihrer Wiedereinführung in Bewegung gesetzt. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist das Resultat unserer jahrelangen Überzeugungsarbeit im Senat, bei den Parteien und den Fraktionen des Abgeordnetenhauses.“

Mit der geplanten Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung setzte Innensenator Henkel, nach Einschätzung Beckers, nach der Vorlage eines Elf-Punkte-Programms für ein nachhaltiges Personalmanagement ein weiteres Zeichen in Richtung einer verantwortungsvollen Politik gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesdienstes.

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Goiny, begrüßt ebenfalls die Wiedereinführung und erklärt dazu: „Eine Jubiläumszuwendung entspricht der Anerkennung des Landes Berlin für die jahrzehntelange Aufgabenbewältigung durch seine Beamtinnen und Beamten. Die CDU-Fraktion begrüßt die angekündigte Senatsvorlage zur Wiedereinführung dieser besonderen Zuwendung, die im Zuge der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2003 durch Rot-Rot abgeschafft worden ist.“

Wir sollten bezüglich einer viele Jahre dauernden Erledigung hoheitlicher Aufgaben eine derartige Zuwendung vorsehen. Sie ist Dank und Motivation zugleich.

Die CDU-Fraktion wird sich für eine parlamentarische Mehrheit für diese Zuwendung starkmachen.“ ■

Veranstaltungshinweis des dbb berlin

Nächste Personal- und Betriebsrätekonferenz im Oktober

Nach seiner erfolgreichen Personal- und Betriebsrätekonferenz im Mai 2015 zum Thema „Gewalt im öffentlichen Dienst“ hat sich der dbb berlin zur Durchführung einer weiteren Veranstaltung für die Betriebs- und Personalräte entschlossen.

Diese ganztägige Konferenz zum Thema „E-Government“ wird am **Mittwoch, 14. Oktober 2015**, stattfinden.

Der dbb berlin bittet seine Betriebs- und Personalräte, den Termin schon jetzt vorzumerken.

Landesparteitage von SPD und CDU

dbb berlin zeigt Präsenz

Gleich auf zwei Landesparteitagen stand der Berliner dbb Chef Frank Becker am 13. Juni 2015 auf der Liste der Ehrengäste. Landes-SPD und Landes-CDU hatten ihre Veranstaltungen auf dasselbe Datum terminiert. Wegen der inhaltlichen, aber auch der persönlichen Aspekte ist dem dbb berlin eine Teilnahme an den Parteitagen sehr wichtig. Umso erfreulicher, dass Einladungen an Vertreterinnen und Vertreter des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften inzwischen zum Selbstverständnis geworden sind.



Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Sabine Schumann (stellvertretende Landesvorsitzende DPoIG Berlin), Cornelia Stemmler (Landesvorsitzende gkl berlin) als Ehrengäste beim Landesparteitag der SPD

Beim SPD-Parteitag im InterContinental wurden neben Frank Becker auch die Landesvorsitzende der gkl berlin, Cornelia Stemmler, und für die DPoIG Berlin die stellvertretende Landesvorsitzende Sabine Schumann als Ehrengäste von der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Barbara Loth begrüßt. Mittlerweile schon traditionell war die gkl berlin darüber hinaus mit einem Infostand vertreten, an dem sie ihre gewerkschaftliche Arbeit vorgestellt hat.

Dialogbereitschaft unterstrichen

In vielen interessanten Gesprächen unterstrich die Vorsitzende der gkl berlin, Cornelia Stemmler, dort die Dialogbereitschaft ihrer Organisation: „Wir werden nicht müde werden, den Vertreterinnen und Vertretern mit Regierungsverantwortung unsere Positionen darzulegen und für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und deren Wertschätzung ein gutes Wort einzulegen. Wir werden den Dialog gern weiter fortsetzen und auch bei kommenden Veranstaltungen mit dabei sein.“

Beim CDU-Landesparteitag im BEST WESTERN PREMIER Hotel MOA Berlin wurde Frank Becker wie auch

der Bundesvorsitzende der DPoIG Berlin, Rainer Wendt, von Generalsekretär Kai Wegner begrüßt.

Vorstoß zur Besoldungsanpassung

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgte der dbb Landeschef die Rede des Bürgermeisters und Innensenators Frank Henkel, der forderte, ab 2016 das Ergebnis der Tarifverhandlungen der Länder für die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin zu übernehmen – zuzüglich 0,5 Prozent zur Verringerung des Besoldungsabstands zu den anderen Bundesländern.

Dazu Becker: „Der dbb berlin begrüßt diesen Vorstoß, spiegelt er doch unsere Forderungen wider, die wir bereits zu den letzten Haushaltsberatungen eingebracht haben. Die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin erwarten nunmehr vom Innensenator und der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, dass diese Forderungen im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen verbindlich beschlossen werden.“

Auch die Forderungen Henkels nach mehr Personal für den öffentlichen Dienst und nach Verbeamtung der Lehrer finden die ungeteilte Zustimmung des dbb berlin. ■

dbb berlin informierte auf dem Motzstraßenfest

Viel Prominenz am dbb Stand

Über mangelnden Zuspruch konnte sich der dbb berlin, der zusammen mit seinen Fachgewerkschaften gkl berlin, DPoIG Berlin, DSTG Berlin, BSBD Berlin und DPVKOM auch beim diesjährigen Motzstraßenfest mit einem Informationsstand vertreten war, keinesfalls beklagen. Nicht nur zahlreiche Besucherinnen und Besucher des Lesbisch-Schwulen Stadtfestes zeigten sich an der Gewerkschaftspolitik des dbb sehr interessiert, auch die politische Prominenz der Stadt gab sich beim dbb berlin ein Stelldichein.

Besonders begehrt waren die dbb Informationen zum Thema „Gewalt am Arbeitsplatz“, die in der Juni-Ausgabe des hauptstadt magazins als Titelthema breiten Raum eingenommen haben, sowie der Flyer „Lebenspartnerschaften im Steuerrecht“, der in der 2. aktualisierten Auflage beim Motzstraßenfest reißenden Absatz fand. Gern nutzten die Festbesucherinnen und -besucher auch die Möglichkeit, sich direkt vor Ort bei den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften kompetente Informationen einzuholen.

Sehr guten Anklang fand das Angebot des dbb berlin auch bei den Berliner Politikerinnen und Politikern. So konnte der dbb berlin u. a. den SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh, die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Ramona Pop, den Fraktionsvorsitzenden der Linken, Klaus Lederer, Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD), die stellvertretende Polizeipräsidentin Margarete Koppers, die CDU-Bundestagsabgeordnete Christina Schwarzer sowie das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Michael Braun (CDU), an seinem Stand begrüßen.



Frank Becker mit der 2. Vorsitzenden des DBSH, Gabriele Stark-Angermeier



Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb berlin, Torsten Jaehne, stellvertretender Vorsitzender des Regionalverbandes Ost der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Sandra Kothe, Bundesvorsitzende der dbb jugend und „Horst“

Großes Interesse auch bei dbb Gewerkschaftern

Aber auch zahlreiche dbb Vertreterinnen und Vertreter ließen es sich nicht nehmen, beim Motzstraßenfest beim dbb berlin vorbeizuschauen. Allen voran die Bundesvorsitzende der dbb jugend, Sandra Kothe, die sogar zeitweise selbst am Infostand sachkundige Auskünfte erteilte. Freuen konnte sich der dbb berlin außerdem über den Besuch der Verbands Spitze des Deutschen Berufsverbandes für soziale Arbeit (DBSH), die mit ihrem 1. Vorsitzenden Michael Leinenbach und der 2. Vorsitzenden Gabriele Stark-Angermeier gleich doppelt vertreten war. Besondere Freude löste schließlich der Besuch des stellvertretenden Vorsitzenden der DJG Berlin, Ulf Melchert, aus, der spontan die aktive Beteiligung seiner Gewerkschaft im nächsten Jahr zusagte.



Frank Becker mit Klaus Lederer (Fraktionsvorsitzender Die Linke) und der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny

dbb berlin bleibt am Ball

Zufrieden zog der Berliner dbb Chef Frank Becker nach seinem zweitägigen Einsatz auf dem Lesbisch-Schwulen Stadtfest Resümee: „Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion der ‚Ehe

für alle‘ war es aus unserer Sicht wichtig, die Öffentlichkeit weiter zu sensibilisieren und unsere Positionen gegen Homophobie gegenüber der Bevölkerung zu bekräftigen. Auch wenn das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Ungleichbehandlung wegen der sexuellen Identität zu verhindern oder auszugleichen versucht, ist dies noch nicht immer der Fall. Daher werden wir uns weiterhin entsprechend einsetzen. Aus diesem Grund haben wir auch den im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien die Möglichkeit eingeräumt, ihre Arbeit im hauptstadt magazin vorzustellen.“ ■



Frank Becker und die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Ramona Pop



Synnöve Nüchter, stellvertretende Landesvorsitzende, und Cornelia Stemmler, Landesvorsitzende der gkl berlin

Gegensätze zwischen „normal“ und „anders“ überwinden

Gleichstellung, Respekt und Akzeptanz für Lesben und Schwule fordern auch die politischen Parteien in Berlin. CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben klare Statements dazu gegenüber dem hauptstadt magazin abgegeben:

CDU: Wir sind, wie wir sind – LSU Berlin

Schluss mit Diskriminierung und dafür Respekt, Akzeptanz und gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle – dafür kämpfen seit mehr als 15 Jahren die Lesben und Schwulen in der Union, kurz LSU.

Gegründet 1998 in Düsseldorf, entstand wenig später ein Berliner Ableger, der 2003 als Arbeitskreis in der CDU Berlin anerkannt wurde. Seitdem hat sich die LSU Berlin zum mitgliederstärksten Landesverband entwickelt und zu einem festen, gut verankerten Bestandteil der Berliner Union. An der Spitze steht ein Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses: Markus Klaer MdB wurde im Februar 2015 zum neuen Landesvorsitzenden der LSU Berlin gewählt.

Ein zentrales Ziel der LSU sorgt seit der Volksabstimmung in Irland auch hierzulande für viel Wirbel: Die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare. Aber die LSU Berlin sieht auch an anderer Stelle Handlungsbedarf und fordert:

- > aktive Bekämpfung der Hassgewalt gegen Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle
- > Anerkennung Homosexueller als NS-Opfergruppe (Art. 3 GG)
- > unverzügliche Rehabilitierung der Opfer des § 175 in der Bundesrepublik
- > HIV-/AIDS-Prävention weiterentwickeln und optimieren
- > Bildungs- und Kulturpolitik gezielt für Aufklärung, Akzeptanz und Respekt einsetzen
- > Stärkung von Diversität und sexueller Vielfalt in allen Lebens und Arbeitswelten

Eine wertorientierte Gesellschaft und ein tolerantes Miteinander wünscht sich die LSU Berlin. Dafür möchte sie Perspektiven entwickeln und Rahmenbedin-



Torsten Jaehne (DPVKOM), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Christina Schwarzer MdB (CDU) und Markus Klaer MdB (Landesvorsitzender der LSU Berlin) (von links)

gungen schaffen – und wird bei diesem Engagement nach Kräften gefördert von der Berliner CDU.

Bündnis 90/Die Grünen: Queere Forderungen für eine diskriminierungsfreie Stadt

Die Landesarbeitsgemeinschaft QueerGrün von Bündnis 90/Die Grünen Berlin entstand aus den beiden Arbeitsgemeinschaften Lesbenpolitik und Schwulenpolitik. Wir verstehen uns hierbei als eine Art Schnittstelle zwischen der Fraktion im Abgeordnetenhaus und der Partei und sind noch immer die Vordenker/-innen für queere Forderungen in der politischen Szene. Gemeinsam kämpfen wir für die völlige Gleichstellung von LSBTTIQ und gegen Homo- und Transphobie. Ziel ist für uns hierbei eine diskriminierungsfreie Stadt für alle!

Wir treffen uns immer am letzten Mittwoch im Monat, überwiegend im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg und befassen uns bei jeder Sitzung mit einem aktuellen Thema, wie z. B. „psychologische Angebote für queere Menschen“ oder auch „Homophobie und



Maria Meisterernst und Ulli Reichardt

Sport“. Da wir eng mit den Akteuren der Stadt zusammenarbeiten, laden wir für unsere Sitzungen diese ein und diskutieren mit ihnen gemeinsam zu den Themen.

Neben den regelmäßigen Sitzungen treffen wir uns darüber hinaus gerade im Frühjahr zu weiteren Terminen und bereiten unsere Auftritte beim Lesbisch-Schwulen Stadtfest oder auch dem CSD vor. Auch wirken wir aktiv an dem Wahlprogramm mit und nehmen an den diversen internen grünen Gremien teil.

Wir waren die erste Partei, die die Ehe für alle gefordert hat und kämpfen für sie bis zur vollen Gleichstellung und gegen jegliche weitere Diskriminierung.

*Maria Meisterernst und Ulli Reichardt
Sprecher/-in der Landesarbeitsgemeinschaft
QueerGrün Berlin*

Die Linke:
„You’ve gotta give them hope!“ (Ihr müsst ihnen Hoffnung geben!)

So beschrieb Harvey Milk, die Ikone der modernen Lesben- und Schwulenbewegung, sein Motto. Sichtbar sein, für Gleichberechtigung streiten, Stolz auf das in die eigene Hand genommene Leben – und damit denjenigen Mut machen, die das noch nicht können oder wollen. Die Landesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE. queer Berlin-Brandenburg steht in dieser Tradition. In ihr finden sich queere Menschen, Lesben, Schwule, Inter-, Trans-, Bi- und Heterosexuelle im Umfeld und innerhalb der Partei Die Linke.

Unser Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes zwischen „normal“ und „anders“. Wir streben eine Gesellschaft an, die mit der Norm der Heterosexualität bricht und alle Lebensentwürfe als gleichberechtigt begreift. Wir möchten die Vielfalt menschlicher Lebensweisen erlebbar machen und damit Akzeptanz für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt schaffen.



Carsten Schatz

Berlin war unter Rot-Rot Spitze in queerer Emanzipation: Erstes Bundesland mit völliger Angleichung der Rechtsverhältnisse verpartnerter Beamtinnen und Beamter, erstes Bundesland mit rückwirkender gleicher Bezahlung, erstes Bundesland mit einem Querschnittsplan zu Bekämpfung von Homo- und Transfeindlichkeit in der Gesellschaft. Mit der 2009 gestarteten ISV hat sich Berlin bundes- und europaweit Respekt für Akzeptanzarbeit für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTTI) erarbeitet. Doch seit dem 2011 tritt Berlin auf der Stelle, bleibt im Vergleich mit anderen Bundesländern zurück. Der peinliche Streit um die Ehe für alle im Berliner Senat illustriert das. Für uns gilt der Satz unseres Landesvorsitzenden Klaus Lederer: „Wer keine Homoehe will, die oder der sollte einfach darauf verzichten, einen homosexuellen Menschen zu heiraten. So einfach ist das.“

Den größer werdenden Herausforderungen wird diese Politik des Stillstandes nicht gerecht. Regenbogenfamilien, gemobbte Jugendliche, LSBTTI in Pflegeeinrichtungen und geflüchtete LSBTTI können nicht warten, bis CDU und SPD miteinander klarkommen.

Berlin braucht endlich einen Neuanfang.

*Carsten Schatz, MdB,
Queerpolitischer Sprecher der Linksfraktion*

Mehr Infos: www.queer-in-berlin.de

AV-LGG

Was lange währt ...

Nach sage und schreibe 24-jähriger Geltung des Landesgleichstellungsgesetzes Berlin (LGG Berlin) ist die dazugehörige Ausführungsvorschrift (AV-LGG) endlich am 22. Mai 2015 im Amtsblatt für Berlin veröffentlicht worden. Vorausgegangen war ein beispielloses Hickhack um Entwürfe, Termine und Abstimmungen.

Die mittlerweile 9. Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes am 18. November 2010 hatten die Frauenvertreterinnen in Berlin zum Anlass genom-

men, bei der zuständigen Senatsverwaltung für Frauen (zurzeit Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen), die längst überfällige Ausführungsvor-

schrift zum LGG Berlin anzumahnen. Ziel war es, endlich eine behördenübergreifend einheitliche Umsetzung der Gleichstellungsbestimmungen herbeizuführen.

Langwierige Diskussionen

Mehr als drei Jahre lang wurden in der Folge von den Frauenvertreterinnen gemeinsame Entwürfe zu den Ausführungsvorschriften entwickelt, in der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenvertreterinnen (LAG) zusammengeführt und der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen zugesendet. Auch der gkl-Frauenausschuss diskutierte die verschiedenen Entwürfe und gab sein Votum ab. Aber Immer wieder kam es zu weiteren Diskussionen und Überarbeitungen der Entwürfe. Termine für die Veröffentlichung der Ausführungsvorschriften im Amtsblatt für Berlin wurden von der Senatsverwaltung genannt – und wieder verschoben, bis plötzlich und unerwartet, auch für die Frauenvertreterinnen des Landes, die AV-LGG am 22. Mai 2015 im Amtsblatt stand.

Bleibt die Frage, ob das Sprichwort „Was lange währt, wird endlich gut“ letztlich auch auf die AV-LGG zutrifft.

Positiv ist auf jeden Fall zu bewerten, dass es sie endlich gibt und das LGG damit in allen Behörden einheitlich umgesetzt werden kann. Negativ schlägt demgegenüber zu Buche, dass sich durch die vielen Korrekturen Fehler eingeschlichen haben, die für Verwirrung statt für Klarheit sorgen.

Evaluation nach zwei Jahren gefordert

Der gkl-Frauenausschuss und die dbb Frauenvertreterin Petra Woosmann fordern deshalb schon jetzt eine Evaluation in zwei Jahren, bei der zeitgleich auch die Unstimmigkeiten beseitigt werden sollen.

*Synnöve Nüchter,
stellvertretende Landesvorsitzende
der gkl berlin*

Jugendpolitischer Ausschuss und Fachgewerkschaftsjugendgruppen

Jugend auf Tram-Party-Fahrt

Rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten am 12. Juni 2015 der Einladung des Jugendpolitischen Ausschusses des dbb berlin und der Jugendgruppen der GdS, der DPVKOM, der DSTG und der gkl berlin zur Tram-Party-Fahrt, bei der in ausgelassener Partystimmung das gegenseitige Kennenlernen nicht schwerfiel.

Interessante Gespräche über die gewerkschaftliche Jugendarbeit beim dbb berlin und seinen Fachgewerkschaften kamen schnell in Gang. Besonders heißes Thema: Die Vorbereitung der Wahlen zur Haupt-Jugend- und Auszubildenden-Vertretung, bei denen der dbb berlin auch in diesem Jahr wieder mit einem gut aufgestellten Team antreten wird.

Natürlich hielt die rund vierstündige Tram-Party-Fahrt auch das, was ihr Name bereits verspricht: Ein lockeres Partyvergnügen mit viel guter Laune und cooler Musik. Mit an Bord waren ausreichend Snacks und Getränke, sodass gut versorgt gefeiert werden konnte.

Noch vor dem Start der Fahrt quer durch Berlin hatte es den ersten interessanten Programmpunkt an die-



Teilnehmer/-innen der Tram-Party-Fahrt

sem Tag gegeben, nämlich die Besichtigung der Werkstatthalle des BVG-Betriebshofes in Lichtenberg.

Kein Wunder, dass die Tram-Party-Fahrt mit ihrem vielseitigen, sowohl informativen als auch unterhalt-samen Ablauf zum vollen Erfolg geriet, für den allen, die an der Vorbereitung beteiligt waren, zu danken ist. Ganz besondere Anerkennung und Dank verdient in diesem Zusammenhang Fabian Lubin (DPVKOM), der die Veranstaltung professionell vorbereitet und durchgeführt hat.

Zeit für eine neue dbb jugend

Begeisterter Tram-Party-Fahrer war auch der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker: „Ich freue mich, dass es so viele engagierte junge Leute im dbb berlin gibt. Daher wird es Zeit, dass wir auch in Berlin endlich wieder eine „dbb jugend“ installieren, die sich um die Interessen der jungen Menschen im öffentlichen Dienst kümmert. Die ungeteilte Unterstützung des dbb berlin ist euch hierbei gewiss. Ich freue mich schon auf die nächste Tram-Party-Fahrt, falls ich wieder dabei sein darf.“ ■

Kriminalgericht Moabit

Besucherandrang beim Tag der offenen Tür

„Fast 2.000 Besucher haben trotz hochsommerlichen Wetters die Gelegenheit genutzt, beim fünften Tag der offenen Tür des Kriminalgerichts Moabit einen Blick hinter die Kulissen des größten Strafgerichts in Europa zu werfen“, heißt es in einer Pressemeldung des Gerichts. Bestätigen können dieses große Interesse die Kolleginnen und Kollegen des BSBD Berlin, der DJG Berlin und des BDR, die einen gemeinsamen Infostand an diesem Tag betreut haben.

Allerdings war der große Besucherandrang am 13. Juni 2015 in dem über 100 Jahre alten Haus, in dem schon der Hauptmann von Köpenick zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, angesichts des angebotenen Programms nur allzu verständlich.

Nachdem der Senator für Justiz und Verbraucherschutz, Thomas Heilmann, die Veranstaltung eröffnet hatte, traten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landgerichts Berlin, des Amtsgerichts Tiergarten, der Staatsanwaltschaft Berlin und der Anwaltschaft Berlin auf den Plan. Im Verlauf von Hausführungen erläuterten sie den Besuchern Funktionsweise und bewegte Geschichte des Gebäudes und standen darüber hinaus auf alle Fragen rund um die Strafjustiz Rede und Antwort.

Simulierte Gerichtsverhandlungen und Sicherheitsvorführungen

Auf großes Interesse stießen auch simulierte Gerichtsverhandlungen und Vorführungen des Sicherheitsdienstes, die den Besuchern einen Eindruck vom Justizalltag vermitteln sollten. Angeboten wurden außerdem Vorführungen des Präventionsteams Taschendiebstahl der Bundespolizei, Vorträge des Instituts für Rechtsmedizin bei der Charité und des Kompetenzzentrums Kriminaltechnik beim Landeskriminalamt Berlin sowie Ausstellungen und Lesungen.

Auch das breite Informationsprogramm stieß auf großen Zuspruch. Engagiert waren hier u. a. die Sozialen Dienste der Justiz, das Ausbildungsreferat des Kammergerichts sowie eine Vielzahl von freien Trägern aus dem Bereich des Opferschutzes, der Kriminalprävention, der Betreuung von Straffälligen und der Suchtprävention. Zudem konnten Zeichnungen der Gerichtsberichtersteller in einer Ausstellung betrachtet werden. Stark vertreten war auch der Justizvollzug mit eigenen Informations- und Verkaufsständen der JVA Moabit, der JVA des offenen Vollzuges und der JVA für Frauen.



Justizsenator Thomas Heilmann bei der Eröffnung der Veranstaltung



Am Infostand: Thomas Goiny, Hans Oberhinninghofen, Silke Jonas, Thomas Bestmann (von links)

Werbung für den Justizdienst

Gemeinsam mit dem Kammergericht haben die beteiligten Kolleginnen und Kollegen des BSBD und der Vollzugsanstalten mit Flyern und in vielen Einzelgesprächen bei den überraschend zahlreichen jungen Besuchern der Veranstaltung aktiv für die Berufe in der Justiz geworben.

Justizsenator Heilmann bedankte sich am Ende bei allen Beschäftigten, die diesen Tag der offenen Tür mit viel Fantasie und Engagement in eigener Regie auf die Beine gestellt haben. Auch einiges an Freizeit sei geopfert worden, um den Menschen von „draußen“ Justiz näherzubringen.

Dem Dank schließen wir uns ausdrücklich an! ■

Wissenswertes zum Kriminalgericht Moabit

Das Kriminalgericht Moabit wurde im Jahr 1906 erbaut. Es ist das größte Kriminalgericht Europas und beherbergt neben der Staatsanwaltschaft Berlin auch (nahezu) die gesamte Strafjustiz des Amtsgerichts Tiergarten und des Landgerichts Berlin. Insgesamt arbeiten hier täglich etwa 1.500 Menschen, darunter 360 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, 200 Strafrichterinnen und Strafrichter des Amtsgerichts sowie 140 Richterinnen und Richter in der Strafkammer des Landgerichts.

Einige sind auf die Nebenstellen u. a. in Alt-Moabit, der Kirchstraße, Lehrter Straße und dem Westhafen-Archiv verteilt.

Täglich finden bis zu 300 Hauptverhandlungen statt und durchschnittlich 1.500 Besucher passieren die

Eingangskontrollen (die übrigens erst im Rahmen der Terroristenprozesse der 70er-Jahre eingeführt wurden).

Eine Besonderheit des Kriminalgerichts liegt in dem ausgeklügelten System von Gängen für die Vorführung von Untersuchungsgefangenen. Es ermöglicht den Justizwachtmeistern, die Gefangenen in nahezu jeden Sitzungssaal zu führen, ohne sie über die öffentlich zugänglichen Gerichtsgänge bringen zu müssen.

In der Zeugenbetreuungsstelle werden Zeuginnen und Zeugen betreut und persönlich oder telefonisch beraten, durch die täglich anwesende Krankenschwester werden jährlich etwa 1.400 Menschen behandelt.

(Auszug aus einem Infolyer des Kriminalgerichts)



Protest der DPVKOM

DPVKOM

Streikkundgebung in Berlin

Heftige Kritik an Deutscher Post geübt!

Rund 150 Mitglieder der DPVKOM haben am 19. Juni 2015 bei einer Streikkundgebung in Berlin die Tarifforderungen der DPVKOM nach Abschluss eines Bemessungstarifvertrages, einer Entgeltsteigerung von 5,5 Prozent und der Auflösung der DHL-Delivery-Regionalgesellschaften nochmals eindrucksvoll bekräftigt.

Während des Protestzuges durch Berlin machten die Postler lautstark ihrem Ärger über die Verweigerungshaltung der Deutschen Post in der laufenden Tarifrunde und die mitarbeiterfeindliche Unternehmenspolitik Luft.

In seiner Rede vor den Streikenden aus den Briefniederlassungen in Berlin und Magdeburg kritisierte der DPVKOM-Bundvorsitzende Volker Geyer das Verhalten des Postvorstandes. Dieser wolle seine völlig überzogenen Gewinnziele ausschließlich auf dem Rücken der Beschäftigten erwirtschaften. Geyer warf der Deutschen Post vor, die eigenen Haustarifverträge zu unterlaufen, indem sie Beschäftigte in den DHL-Delivery-Gesellschaften zu weitaus schlechteren Entgeltbedingungen beschäftige. Das werde die DPVKOM nicht hinnehmen.

Darüber hinaus wies der DPVKOM-Bundvorsitzende darauf hin, dass es bei diesem Tarifkonflikt auch grundsätzlich darum gehe, die vom Unternehmen geplante Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Postbeschäftigten und deren Ausgliederung in weitere Billiglöhntöchter zu verhindern.

auf einen umfangreichen Tarifabschluss verständigt. Aus diesem Grund wurden seitens der DPVKOM die Streiks unterbrochen. In der Tarifeinigung sind wichtige gewerkschaftliche Forderungen eines Bemessungstarifvertrages als Maßnahmen zum Überlastungsschutz für die Beschäftigten nicht berücksichtigt. Da sich der Arbeitgeber bis zum Redaktionsschluss nicht mit der DPVKOM für weitere Verhandlungen in Verbindung gesetzt hat, wurde die Arbeitsdirektorin der DPAG, Melanie Kreis, zur Aufnahme weiterer Tarifverhandlungen aufgefordert. Sollten keine Verhandlungen stattfinden, behält sich die DPVKOM die Wiederaufnahme des Arbeitskampfes vor. ■



Demo der DPVKOM

DPVKOM

Der gewerkschaftliche Mitbewerber hat sich inzwischen ohne Beteiligung der DPVKOM mit der DPAG

DBSH

Jugendämter kapitulieren



Am 1. Juli 2015 haben Kolleginnen und Kollegen im Regionalen Sozialpädagogischen Dienste (RSD) der Berlin Jugendämter weiße Fahnen aus ihren Fenstern gehängt: ein Zeichen des Protestes – eine symbolische Kapitulation –, weil die schon lange herrschenden Missstände nicht behoben werden.

Aktuell befürchten die Betroffenen, dass die fachlichen Forderungen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft in den kommenden Haushaltsverhandlungen nicht berücksichtigt werden, obwohl eine Analyse der Senatsverwaltung die Defizite in der Personalentwicklung und die daraus folgende Überlastung bestätigt hat.

Allein in den letzten drei Jahren wurden 124 Stellen abgebaut, zehn Prozent davon im Bereich der RSD. Etwa 7,3 Prozent der Stellen laut Stellenplan waren Mitte 2014 unbesetzt. Die krankheitsbedingte Abwesenheit schlug mit weiteren zehn Prozent zu Buche. Überalterung, hohe Fluktuation bei Neueinstellung und wachsende Schwierigkeiten, Fachkräfte für die anspruchsvolle Arbeit im Kinderschutz zu gewinnen, haben die Situation weiter verschärft.

Mindestausstattung fehlt

Auf folgende notwendige Maßnahmen zur Mindestausstattung der Jugendämter hatten sich alle Stadt-

räte, Jugendamtsleitungen und die zuständige Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Wissenschaft gemeinsam verständigt:

- › 160 neue Stellen für die Jugendämter sind notwendig, davon 90 in den Regionalen Sozialpädagogischen Diensten, 40 in den bezirklichen Kitagutscheinstellen und 30 für die Elterngeldstellen.
- › Die Arbeit im Bereich des Kinderschutzes soll durch eine Entgeltzulage aufgewertet werden.
- › Zur Begleitung der Berufseinmündungsphase sollen Personalressourcen eingeplant werden, damit Einarbeitung und Anleitung nicht zusätzlich zur Fallarbeit erledigt werden müssen.

Umgesetzt wurde davon jedoch bislang nichts – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen stattdessen der Öffentlichkeit und der Politik erneut ihre Kapitulation anzeigen. Der DBSH Berlin hat sich mit den couragierten Kolleginnen und Kollegen solidarisch erklärt und begleitet ihren Protest unterstützend.

Die Berliner Kinder- und Jugendhilfe steht seit Jahren unter massivem Spardruck und der DBSH Berlin fordert eindringlich dazu auf, jetzt notwendige Mittel in den Berliner Haushalt einzuplanen.

Denn Kinderschutz braucht Kinderschützerinnen und Kinderschützer. ■

DBSH Berlin

Wie viel Jugendberufshilfe braucht das Land?

In einem offenen Brief an den neu zu gründenden Landesbeirat für die Jugendberufsagentur und andere relevante Gremien im Land Berlin hat eine Arbeitsgruppe beim Berliner Rechtshilfefond Jugendhilfe die Voraussetzungen für eine wirksame Jugendhilfe definiert. Anlass ist die im Herbst bevorstehende Eröffnung von Jugendberufsagenturen in vier Berliner Bezirken. Die übrigen werden 2016 folgen. Mitunterzeichner des Briefes ist der DBSH Berlin.

Das Projekt einer gemeinsamen Anlaufstelle von Agenturen für Arbeit, Jobcentern und Jugendämtern wird von den Verfassern des Briefes grundsätzlich begrüßt,

weil diese Bündelung von Akteuren und Ressourcen verschiedener Rechtskreise die Chance birgt, Übergänge in Ausbildung besser und erfolgreicher zu gestalten.

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **E-Mail:** post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 12, gültig ab 1. 10. 2014. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: Kriminalgericht Moabit – Treppenhaus. Copyright: Matthias Hennig. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Allerdings hänge der Erfolg des Projekts maßgeblich von seiner Gestaltung und Umsetzung ab, bei der insbesondere die besondere Rolle der Jugendhilfe nicht übersehen werden dürfe. Anders als bei den in der Jugendberufsagentur vertretenen Rechtskreisen liegt der Fokus des Förderbedarfs bei der Jugendhilfe nämlich nicht auf Integration in Ausbildung/Arbeit, sondern auf einer (nachholenden) Persönlichkeitsentwicklung. Diese Zielrichtung müsse bei allen Angeboten, an denen sich die Jugendhilfe beteiligt, weiter im Vordergrund stehen, auch bei der Kooperation mit Schule.

Keine Jugendlichen ausgrenzen

Insofern pochen die Unterzeichner des offenen Briefes auch darauf, dass der Zugang zur Beratung und Begleitung der Jugendberufsagentur allen jungen Menschen offensteht, damit möglichst jeder Jugendliche geeignete und bedarfsgerechte Hilfen bekommt, d. h., es darf nicht nur um ausbildungsfähige und ausbildungswillige Jugendliche und das Erreichen eines Berufsabschlusses gehen. Junge Menschen mit besonderem sozialpädagogischen Förderbedarf dürfen nicht ausgegrenzt werden! Die Tatsache, dass das Fallmanagement – im Jobcenter für Menschen mit intensivem Betreuungsbedarf zuständig – nicht direkt in die Jugendberufsagentur integriert wird, lasse hingegen anderes befürchten.

Dasselbe gilt für den Reha-Bereich der Arbeitsagentur, der ebenfalls nicht in der Jugendberufsagentur vertreten sein soll. D. h., junge Menschen mit sozial-emotionalen Entwicklungsstörungen und einem Förderschwerpunkt Lernen sowie seelisch behinderte junge Menschen werden sich weiterhin in den vielen „Schleifen“ der verschiedenen Förderstrukturen bewegen müssen.

Zu bedenken geben die Verfasser des offenen Briefes außerdem, dass zusätzliche niederschwellige Ange-



bote sichergestellt werden müssen, wenn die Jugendberufsagenturen ihre Arbeit aufnehmen und damit aller Voraussicht nach die Bedarfe dafür steigen.

Hohe Fachkompetenz notwendig

Damit die Jugendberufsagenturen effizient im Sinne der jungen Menschen arbeiten und deren individuelle Förderbedarfe erkennen können, ist hohe Sensibilität und rechtskreisübergreifende Fachkompetenz der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unabdingbar. In der Jugendberufsagentur muss sofort erkannt werden, in welchen Einzelfällen in einem Rechtskreis keine passenden Angebote unterbreitet werden können. Gemeinsame Fallbesprechungen sind daher unumgänglich, um schnell die geeigneten Hilfen zu finden. Auch sollte bei jeder ins Auge gefassten Sanktionierung eines jungen Menschen nach dem SGB II eine Fachkraft des zuständigen Jugendamtes hinzugezogen werden.

Lotse gefordert

Weil auch nach Einführung der Jugendberufsagenturen junge Menschen zwischen verschiedenen Rechtskreisen lavieren müssen, sollten sie schließlich, so die Forderung in dem offenen Brief, Anspruch auf einen Lotsen haben, der sie, solange wie nötig, bei allen Beratungen ombudschäftlich begleitet und unterstützt. ■